



Deutsche Umwelthilfe

Gaswende



GREENPEACE



Umweltinstitut
München e.V.



An die Abgeordneten von SPD und CDU/CSU
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

EILAPPELL

**Grüngasquote im Wärmesektor stoppen:
Für bezahlbare, klimafreundliche Wärme statt teurer Sackgasse!**

Sehr geehrte Abgeordnete von SPD und CDU/CSU,

rund um das Gebäudemodernisierungs-Gesetz wird über die mögliche Einführung einer Grüngasquote berichtet. Eine solche Quote führt zu einer massiven finanziellen Belastung von Verbraucher:innen ohne einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Eine pauschale Quote für „grüne Gase“ im bestehenden Gasnetz beschädigt fundamental die Wirksamkeit der Gesetzgebung für die Wärmewende, gefährdet Zukunftsbranchen und schafft rechtliche Unsicherheiten. Die Grüngasquote ist eine Scheinlösung, wo echte Transformation nötig ist.

Wir, die unterzeichnenden Umwelt- und Sozialverbände, fordern Sie mit Nachdruck auf: **Verzichten Sie auf die Einführung einer Grüngasquote im Wärmesektor!**

- **Kostenfalle für Verbraucher:innen:** Die Quote verteuert Gas systematisch und absehbar. Besonders Haushalte mit niedrigen Einkommen sowie Mieterinnen und Mieter tragen die Last – ohne strukturelle Lösung. Schon heute sind Biomethan-Gastarife im Schnitt 15 Ct/kWh teurer, wenn sie mindestens 65 Prozent Biomethan enthalten. Zusätzlich werden in den nächsten Jahren die Netzentgelte für Gasnetzkund:innen massiv steigen.
- **Ineffiziente Ressourcennutzung:** Knappes Biomethan und grüner Wasserstoff werden im Gebäudesektor vergeudet, obwohl sie im Energie- und im Industriesektor dringend gebraucht werden.
- **Kein verlässlicher Klimabeitrag:** grüne Gase sind nicht in ausreichender Menge vorhanden und können somit nicht Emissionsminderungen im nötigen Umfang bewirken.
- **Falsche Investitionssignale:** Kapitalflüsse werden umgelenkt und Unternehmen bestraft, die bereits heute schon in Zukunftstechnologien investiert haben.
- **Fossile Sackgasse:** Die Quote zementiert Gasinfrastrukturen, die schrittweise stillgelegt werden sollten, statt Planungssicherheit für klimaneutrale Technologien zu schaffen.

- **Falsches Versprechen:** Biomethankapazitäten auszuweiten sowie Wasserstoff beizumischen, ist technisch sehr komplex und führt zu hohen Investitionskosten. Der Wasserstoffhochlauf kann nicht durch die Quote gelingen.
- **Scheinlösung statt Systemwechsel:** Die Beimischung geringer Anteile grüner Gase verlängert die Betriebsdauer fossiler Gasheizungen und verzögert den Umstieg auf Wärmepumpen und erneuerbare Wärmenetze.
- **Verstärkte Importabhängigkeit:** Aufgrund der knappen heimischen Ressourcen müssten zur Erfüllung der Quote entweder massiv „grüne“ Gase importiert oder aber Zertifikate erworben werden. Das schafft neue Abhängigkeiten und schwächt nachhaltig die Resilienz Deutschlands.

Eine sozial gerechte Wärmewende heißt: Emissionen müssen dauerhaft und verlässlich sinken, Energie muss bezahlbar bleiben und Investitionen brauchen klare, verbindliche Leitplanken.

Eine Grüngasquote erfüllt keines dieser Kriterien. Sie verteuert das Heizen, verzögert den konsequenten Umstieg auf klimaneutrale Technologien und verhindert die notwendigen Emissionsminderungen im Gebäudesektor. Statt Planungssicherheit zu schaffen, erzeugt sie zusätzliche Unsicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Unternehmen.

Damit schwächt sie die soziale Tragfähigkeit der Wärmewende erheblich und setzt zugleich zentrale Branchen, vom Handwerk bis zur energieintensiven Industrie, vermeidbaren und zusätzlichen Belastungen aus.

Wir appellieren an Sie: Setzen Sie auf Effizienz, Elektrifizierung und erneuerbare Wärme – nicht auf einen grünen Anstrich fossiler Strukturen.

Ihre Ansprechpartner:innen:

WWF Deutschland

Sebastian Breer
Policy Advisor Climate and Energy
sebastian.breer@wwf.de
Tel.: +49 30 311777-577

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Arthur Frantz
Referent – Energie und Klimaschutz
frantz@duh.de
+49 151 53651720

Umweltinstitut München e.V.

Till Irmisch
Referent für Energie und kommunale Klimawende
ti@umweltinstitut.org
Tel.: +49 (0)89 307749-47

Greenpeace e.V.

Mira Jäger
Expertin für Energie und Klima
mira.jaeger@greenpeace.org
Tel.: 0151 211 66104

Gaswende

Tina Loeffelbein,
Geschäftsführerin
tina.loeffelbein@gaswende.de
Tel.: 0151 413 41815

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Julius Neu
Referent für Klima- und Energiepolitik
Julius.neu@bund.de
Tel.: +49 30 2758 6105

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.

Martha O. Marik
Referentin für Klimapolitik
martha.marik@paritaet.org
Tel.: 030 24636-361

GermanZero e.V.

Michael Schäfer
Geschäftsführer
Tel.: +49 30 39807590

Deutscher Caritasverband e.V.

Claire Vogt
Referatsleitung Klimasozialpolitik
claire.vogt@caritas.de
Tel.: +49 1609 6451858